Frage könne unvorstellbar erleichtert und gefördert werden, falls der Weg der Prager Reformer auch in der DDR eingeschlagen würde". Deshalb fallen ja die Revisionisten der anderen Länder (nicht zuletzt die österreichischen mit dem ZK-Mitglied Ernst Fischer an der Spitze) über die "Altstalinisten" in der DDR her, die natürlich genau wissen, durch die Preisgabe der letzten Reste des Sozialismus die DDR - als ein zweiter kapitalistischer Staat auf deutschem Boden - einfach ihre Existenzberechtigung verwirkt haben würde. Ein offizieller Verzicht Bonns auf die Losung der Wiedervereinigung und eine Verwandlung der DDR in einen bloßen Militärstützpunkt der Moskauer Renegaten müßte natürlich dazu führen, daß die bereits jetzt üppig ins Kraut schießenden Neonazi bei der weiteren Verschärfung der Widersprüche einen noch mächtigeren Auftrieb erhalten.

Die vorstehende Analyse zeigt also, wie richtig die Feststellung unserer Grundsatzerklärung ist, daß ein neuer europäischer Krieg droht, in den Österreich unweigerlich hineingezerrt wird, wenn die Arbeiterklasse nicht die Staatsmacht in ihre Hände nimmt.



## WORTE DES VORSITZENDEN MAO TSE-TUNG

"Studiert die Werke des Vorsitzenden Mao Tse-tung, hört auf seine Worte und handelt nach seinen Weisungen!"

Lin Bao

Das weltberühmte "Rote Buch" können wir allen Interessenten zu den Preis von S 10,-- vermitteln.

# MAO TSE-TUNG
# AUSGEWÄHLTE WERKE

Nach Band I ist nun auch Band II in deutscher Sprache erschienen. Band I enthält 17 Schriften aus der Zeit des Ersten und des Zweiten Revolutionären Bürgerkriegs (1924-1927 und 1927-1937). Band II enthält aus der Zeit vom Ausbruch des Widerstandskrieges gegen die japanische Aggression in Juli 1937 bis zur Niederlage der von Tschiang Kai-schek entfesselten zweiten antikommunistischen Kampagne in Mai 1941 vierzig Schriften des Genossen Mao Tse-tung.
Band I kostet S 30,-- plus Porto. Der Preis von Band II ist uns derzeit noch nicht bekannt.

Bestellungen, auch für jede andere chinesische oder albanische Literatur in deutscher Sprache, an 1205 Wien, Postfach 3 richten.

---

"DER KOMMUNIST", Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (M-L). Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten), Herausgeber und Verleger: Jocha Alfred, alle:1200 Wien, Dresdnerstraße 48/4/7. Für den Inhalt und den Druck verantwortlich: Treitl Herbert, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.
P.b.b., Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort Wien

---

# DER KOMMUNIST

Oktober 1968
Nummer 20

Zentralorgan der Vereinigung
Revolutionärer Arbeiter Österreichs (M-L)

Einzelpreis: S 3,--
Jahresabo : S 30,--




Weniger Arbeiter, mehr Leistung

14.000 Eisen- und Stahlarbeiter sollen für Profitinteressen büßen!

# Profite durch Arbeitslose

Arbeiterinteressen stehen im Gegensatz zu den Profitinteressen der Unternehmer. Nur durch einen entschiedenen Kampf können die Arbeitsplätze gesichert werden.

In den Jahren der zweiten Republik haben wir schon öfter verschiedene Phasen des Wirtschaftzyklus erlebt. Begleitet waren sie immer von verschiedenen Märchen, die uns die jeweilige Situation "verständlich" machen sollte. Früher einmal hörten wir vom "Wohlfahrtsstaat", und jetzt sind Begriffe wie "Stagnation", "Flaute" und "Rezession" gesellschaftsfähig. Munter berichten die Fabeldichter nun über ein "Zurückgehen der Investitionsneigung, verursacht durch das Zurückbleiben (!) der Unternehmergewinne" und sie preisen die "Strukturpolitik" als das Heilmittel für die darniederliegende Wirtschaft an; die alte Lüge "alle müssen Opfer bringen" kommt in moderner Version zu neuen Ehren. Die Maßnahmen des Großkapitals zur Sicherung und Steigerung der Profite werden nun als unumgänglich zur Überwindung der nicht mehr geleugneten Krisenerscheinungen propagiert. Entlassungen, Antreiberei und Steuerprivilegien für die Unternehmer maskiert man als "wissenschaftliche" Kategorien und werden unter den Bezeichnungen "soziale Mobilität", Rationalisierung" und "Strukturverbesserung", als "neue Erkenntnisse der Wirtschaftspolitik" verkauft. Zum Hauptbetätigungsfeld in dieser Hinsicht hat sich die Bourgeoisie die verstaatlichten Betriebe ausgesucht.

* * *

Nach 1945 wurden die entscheidensten Teile der österreichischen Schwerindustrie verstaatlicht. Dem Verstaatlichungsgesetz stimmten auch die Abgeordneten der Bourgeoisie zu. Den Arbeitern erschien das als die logische Konsequenz der Entwicklung, und sie betrachteten die Verstaatlichung als zumindest teilweise ihrer zweifellos vorhandenen revolutionären Einstellung entsprechend. Das erleichterte in der Folge den Führern der SPÖ die verstaatlichte Industrie sozusagen zu einer "Gemeinwirtschaft" avancieren zu lassen, zu einer Art "Insel des Sozialismus", frei von Krisen und Ausbeutung. In Wirklichkeit war die verstaatlichte Industrie immer den Wolfsgesetzen der kapitalistischen Wirtschaft unterworfen. Denn nicht eine "Verstaatlichung" an sich ist das entscheidende - verstaatlichte Betriebe, Staats- und Kommunalbetriebe gibt es ja schon in fast allen kapitalistischen Industrieländern - sondern wer die Macht über die Betriebe, über den Staat hat. Und die haben in Österreich nach wie vor die Kapitalisten.

Die Zustimmung der Bourgeoisie zum Verstaatlichungsgesetz war nicht diktiert von der Angst vor der Arbeiterklasse, die sie nach dem zweiten Weltkrieg wieder hatte. Für die Bourgeoisie war das der beste Weg, die darniederliegenden, zum großen Teil zerstörten Betriebe wieder aufzubauen, zu modernisieren und zu vergrößern. Die riesigen Mittel, die dafür notwendig waren, konnten und wollten sie nicht aufbringen, dafür sollte die "Opferbereitschaft" der arbeitenden Menschen herhalten, denen man die Opfer ja umso leichter schmackhaft machen konnte, als die Betriebe nun ja"allen gehören" sollten.
Die von Engels vorhergesagte Übernahme der Leitung der Produktion durch den Repräsentanten der kapitalistischen Gesellschaft, den Staat, hat bei uns einen Höhepunkt erreicht. (Siehe Grundsatzerklärung der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs M-L)

Die SPÖ-Führer benützen die verstaatlichten Betriebe zum Aufbau einer Parteimacht. In diesen Betrieben hat sich die SPÖ einen Funktionärkader herangezogen, der zum großen Teil korrumpiert durch Privilegien, einträgliche Pöstchen bis



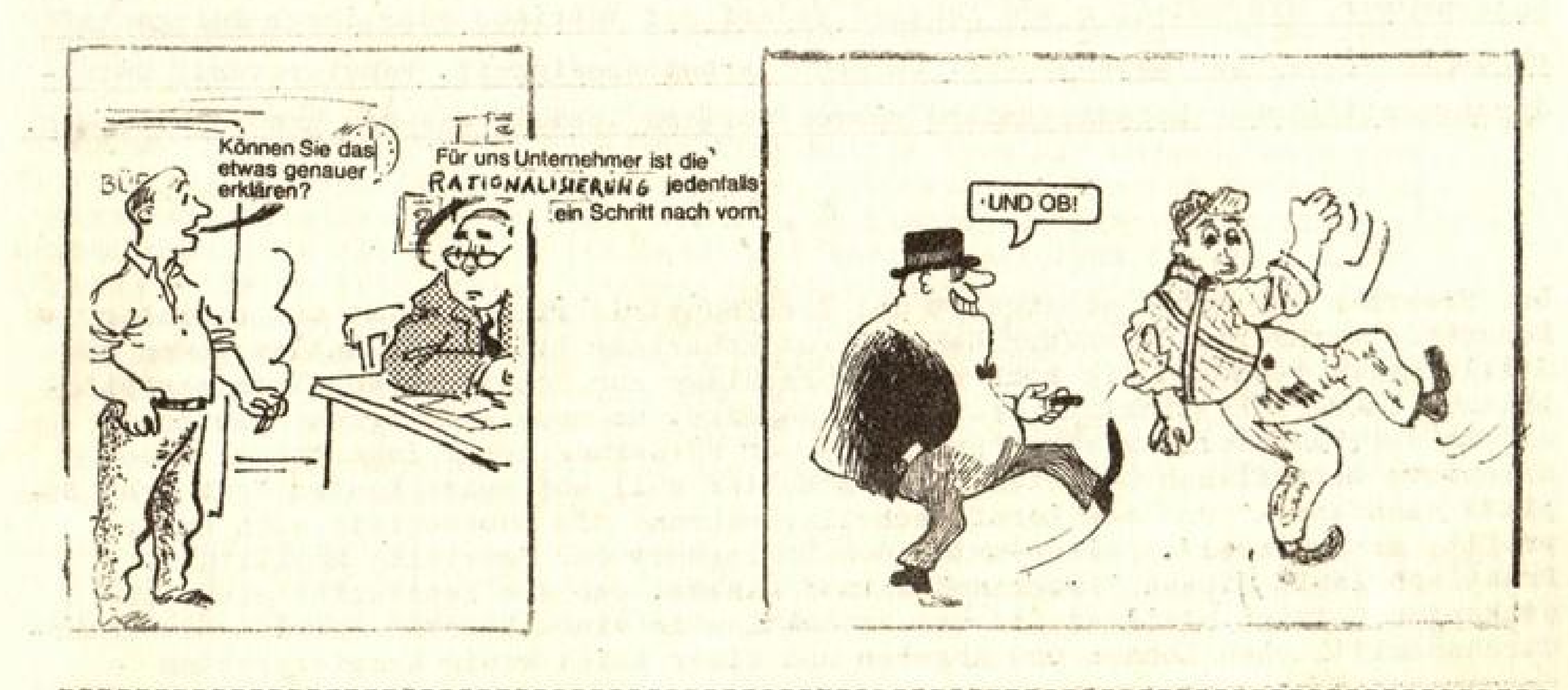
hohe Ämter, der SPÖ-Führung die Gewähr geben soll, den kraftvollsten, organisiertesten Teil der österreichischen Arbeiterschaft im Griff zu behalten und vom revolutionären Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse abzuhalten. Für die Kapitalisten waren die versaatlichten Betriebe immer eine ergiebige Profitquelle, die trotz aller Proporz- und Koalitionspackeleien reichlich floß und fest in ihrer Hand war. Die Arbeiter der Betriebe der verstaatlichten Industrie werden ebenso wie in der Privatwirtschaft ausgebeutet und sind dem Kreislauf Konjunktur - Krise unbarmherzig unterworfen. Als Beweis kann man hier einen ausländischen (kapitalistischen) Wirtschaftspublizisten anführen (Edmond Langer: "Die Verstaatlichung in Österreich"). Dort heißt es: "Wenn man die Lohnpolitik im engeren Sinne betrachtet, so bestehen sicherlich wie für den privaten auch für den verstaatlichten Sektor nach wie vor die gleichen Voraussetzungen, der gleiche Standard und die gleichen Verfahren."

* * *

Kehren wir nun zur wirtschaftlichen Situation in Österreich zurück. Als Test- und Modellfall für die Verwirklichung der Bestrebungen der herrschenden Kapitalistenklasse, ihre Profite trotz wirtschaftlicher Krise zu erhalten und zu erhöhen, soll die verstaatlichte Eisen- und Stahlindustrie dienen. Das Konzept dazu ist der sogenannte "Koren-Plan" (ÖVP) und als gegenständliche Grundlage sollen zwei "Gutachten" dienen, die von einer amerikanisch-schweizerischen "Gutachtergruppe" und von "Experten" der Montanistischen Hochschule in Leoben erstellt wurden. Im Koren-Plan heißt es ausdrücklich: "Grundsätzlich hat die Ö I G (Dachgesellschaft der verstaatlichten Industrie, nach Proporzgesichtspunkten unter ÖVP-Vorsitz) anzuregen, einzuleiten und die Durchführung zu kontrollieren: Konzentrationsmaßnahmen, Ausbau nationaler und internationaler Kooperation, Zusammenarbeit mit privaten Industrie- und Gewerbebetrieben, Bereinigung der Produktionsstruktur."

Kein Wunder, daß die bürgerliche Presse den Korenplan als "Wunderwaffe" feiert, die"Finanznachrichten" vom 10.Mai 1968 sprachen begeistert von einem "politischen Geniestreich", um eine "Struktursanierung" durchzusetzen,"ehe ein neuer Konjunkturaufschwung die Strukturschwächen wieder überdeckt" und dadurch die "Hinauszögerung unpopulärer Entscheidungen gestattet". Die Krise rechtzeitig als Peitsche zur Profitsteigerung benutzen, ein genialer Einfall, ein kapitalistischer Einfall!

Für die verstaatlichte Eisen- und Stahlindustrie besteht der "politische Geniestreich" darin, 14.000 Beschäftigte, davon 11.000 kurzfristig, auf die Straße zu setzen, ganze Gebiete in Industriefriedhöfe und damit in Elendsgebiete zu verwandeln.



Folgende Tabelle gibt einen Überblick für die wichtigsten Bestrebungen in dieser Richtung:

| ORT | STILLEGUNG bzw. EINSTELLUNG |
|---|---|
| Judenburg | Stahlerzeugung<br>Stab- und Walzdrahterzeugung aus Massenstahl |
| Kindberg | Stab- und Walzdrahterzeugung aus Massenstahl<br>Stabstahl- und Walzdrahtstraße<br>Warm- und Kaltwalzwerk |
| Hönigsberg | Stab- und Walzdrahterzeugung aus Massenstahl<br>Stabstahl- und Walzdrahtstraße<br>Grob-, Mittel- und Feinblechwalzwerke |
| Ternitz | Stab- und Walzdrahterzeugung aus Massenstahl<br>Stabstahl- und Walzdrahtstraße |
| Ferlach | Stab- und Walzdrahterzeugung aus Massenstahl<br>Stabstahl- und Walzdrahtstraße |
| Krems | Warmwalzwerk |
| Mürzzuschlag | Kaltblechwalzwerk |
| Krieglach | Warm- und Kaltwalzwerk<br>Erzeugung geschweißter Rohre |

Ebenso sollen folgende Investitionen unterlassen werden:

| ORT | GEPLANTE INVESTITIONEN FÜR |
|---|---|
| Krieglach | sämtliche |
| Judenburg | Walzwerk |
| Kindberg | neue Drahtstraße |
| Ternitz und Hönigsberg | Walzwerkanlagen |
| St. Ägyd | Drahtwalzwerk |

Darüber hinaus ist geplant, die Grube Hüttenberg (Kärnten) stillzulegen und den Untertagbau in Eisenerz einzuschränken. Weitere 600 Arbeiter sollen ihren Arbeitsplatz verlieren, damit US-Monopole ihr aus Brasilien geraubtes Erz absetzen können. Die Konzentration der Stahlerzeugung von 12 auf 5 Standorte führt neben der Stillegung bzw. Einstellung von Anlagen und Erzeugungsprogrammen zur Veränderung der Produktionsbereiche auch in den in Aussicht genommenen Standorten. Die Verwirklichung dieser Vorschläge wäre nicht nur für die Beschäftigten der betroffenen Betriebe, sondern auch für die Kaufleute, Handwerker, Bauern und jene Unternehmer, die entweder vom lokalen Bedarf der Betriebe oder ihrer Belegschaft abhängig sind, eine Katastrophe. Dauernde Arbeitslosigkeit, Pendlerelend, unterdurchschnittlicher Lebensstandard würden weitere Gebiete unseres Landes erfassen.

* * *

Das Programm der Arbeitslosigkeit und der Industriefriedhöfe ist mit sozialer Demagogie garniert. Gegenüber den äußerst konkreten Plänen bei Entlassungen und Stillegungen bestehen die sehr vagen Vorschläge zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in der "Entwicklung geeigneter Anreize, um neue Industrien anzuziehen" und in der "Aufstellung eines Programms zur Förderung neuer Industrien in den besonders betroffenen Gebieten." Der Arbeiter soll auf seine Kosten "dem Arbeitsplatz nachfahren" und den Beruf wechseln, während die Bourgeoisie sich Extraprofite erschwindelt, alles unter dem Schlagwort der "sozialen Mobilität". Praktisch läuft dieses "Programm" darauf hinaus, daß der Kapitalist einen bestehenden Betrieb stillegt und die Produktion in einem Notstandsgebiet mit unterdurchschnittlichen Löhnen und Abgaben und einer meist wenig kampferprobten



Arbeiterschaft aufnimmt - siehe AETERNA!

Da die Propaganda des Großkapitals den angeblich wissenschaftlichen Charakter der Gutachten in den Vordergrund stellt, ist deren Analyse vom Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse notwendig, um so mehr als die Reformisten und Revisionisten diesen bei ihren "Alternativen" "vergessen". So erklärte die "AZ" in ihrer Ausgabe vom 19. Juli 1968 ihren Lesern mit erhobenen Zeigefinger: "Die Wirtschaft muß gesund bleiben und gesünder werden - aber darüber darf doch der Mensch nicht zerbrechen." Auf der gleichen Linie liegt das in der "Volksstimme" vom 14.Juli 1968 veröffentlichte Konzept der KPÖ-Führung, das als Orientierung eine "unabhängige österreichische Lösung anstrebt." Diese Orientierung findet wohl ihren markantesten Ausdruck in der "patriotischen" Feststellung, daß "auch gegen die Heranziehung von Auslandskapital (!) in Form von Anleihen nichts einzuwenden ist." Begriffe aus dem Vokabular der Sozialpartnerschaft und Rezepte für die Bourgeoisie, die die Ausbeutung durch das Auslandskapital empfehlen, finden in der Verbreitung von Illusionen über die Rolle und das Wesen der verstaatlichten Industrie unter der Arbeiterklasse ihre Ergänzung.

Das Hervorheben des "wissenschaftlichen" Charakters der Gutachten zeigt, daß das Kapital versucht, die Klassennatur seiner der überwiegenden Mehrzahl des Volkes feindlichen Interessen zu verschleiern. Unter dem Banner der Wissenschaft beabsichtigt das Großkapital, seine räuberischen Pläne den breiten Massen zu verkaufen, sodaß den Gutachten "primär taktische (!) Funktionen zugedacht waren" (Finanznachrichten vom 20.9.1968).

Alle diese "klassenunabhängigen" wissenschaftlichen Erkenntnisse haben eines gemeinsam: Sie sind freche Fälschungen des Kapitals, sie setzen das kapitalistische System als naturgegeben und somit unaufhebbar voraus und bewegen sich im Käfig, der von der Geschichte längst widerlegten Dogmen. Sie sprechen nichts anderes aus, als die aktuellen Bedürfnisse des Kapitals.

* * *

Es wäre falsch, wollte man die Anschläge des Kapitals gegen die Arbeiter der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie, als eine innerösterreichische Angelegenheit betrachten. Die österreichische Industrie unterliegt in den entscheidensten Teilen dem Einfluß des internationalen Monopolkapitals, vor allem des westdeutschen. Dieser Einfluß geht bis auf den als "Hilfe" gepriesenen Marshall-Plan zurück. Seit damals richtet sich die wirtschaftliche Führung der verstaatlichten Betriebe nach den Interessen der ausländischen Konzerne aus. Nach dem Krieg, als ein ungeheuerer Nachholbedarf vor allem auf dem Eisen- und Stahlsektor bestand, wurde dieser auch in Österreich forciert und ausgebaut. Allerdings nur soweit, als Österreich zugestanden wurde, Rohstoffe oder materialintensive Halbprodukte herzustellen.

Diese wurden äußerst billig auf den Markt geworfen. Niedrig war der Preis aber nicht aus Konkurrenzgründen, sondern hier holten sich die Kapitalisten ihre Profite aus der verstaatlichten Industrie. Die österreichischen Verarbeiter (privatkapitalistische Betriebe) "konnten im Exportgeschäft Vormaterialpreise kalkulieren, die bis zu 40 % (!) unter den westeuropäischen Preisen agen" (Koren: Seite 143).Diesen österreichischen Kapitalisten wurden von den ausländischen Monopolen sozusagen "Brosamen" durch Preissubventionen aus der verstaatlichten Industrie für das Privatkapital in der Größenordnung von Milliarden zugebilligt. Brauchte man sie doch als Helfershelfer. Aber den Löwenanteil an den Milliarden holte sich das internationale Monopolkapital. Gingen doch diese billigen Rohstoffe und Halbprodukte zum überwiegenden Teil auf den Auslandsmarkt vor allem in die EWG-Länder.

Diese Situation hat sich nun geändert. Bei Stahl und Eisen ist eine Flaute eingetreten. Was liegt also für die internationalen Monopole näher, als die Schwierigkeiten auf andere abzuwälzen. Arbeitslose sollen zuerst die anderen

haben. Im eigenen Land befürchten sie zu Recht Unruhe unter der Arbeiterschaft. Und so ein Land, das Schwierigkeiten übernehmen soll, soll nach ihren Willen Österreich sein.

Wenn aus Kreisen der österreichischen Bourgeoisie heute "Klagen" laut werden, über die "triste" Lage in der verstaatlichten Industrie, über geringe Dividendenzahlungen und über "Defizite", so ist das alles reine Heuchelei. Über die wirtschaftliche Führung dieser Betriebe hat allein das Kapital bestimmt. Die Vertrauensleute der Bourgeoisie sitzen in den führenden Stellungen und sie richten die verstaatlichte Industrie vollkommen auf die Bedürfnisse des in- und ausländischen Großkapitals aus. Wenn heute scheinheilig gejammert wird, soll das nur darüber hinwegtäuschen, daß alle beabsichtigten"Reformpläne" nur die Profite sichern und erhöhen sollen, auf Kosten der Arbeiterschaft.
Wenn heute von Strukturkrisen, die Rede ist, so ist das nur eine Umschreibung. Die Wurzeln der Krise sind anderswo zu suchen. Im gesellschaftlichen System Österreichs, im kapitalistischen System. Die aufgezählten Erscheinungen sind der konkrete Ausdruck des Widerspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Form der Aneignung, der im staatsmonopolistischen Kapitalismus auf die Spitze getrieben wird. Planung innerhalb der Betriebe, ja selbst innerhalb riesiger Monopole hebt die Planlosigkeit der Gesamtproduktion nicht auf.
Und jede Behauptung vom sozialistischem Charakter der verstaatlichten Industrie in einem Staat, der ein Werkzeug des Großkapitals ist, dient nur der Schaffung von Illusionen, die zur Abhaltung der Arbeiterklasse vom Kampf um die politische Macht dienen.

Der Hinweis W.I.Lenins, daß "der staatsmonopolistische Kapitalismus die vollständigste materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine Vorstufe, jene Stufe der historischen Leiter ist, deren nächste Stufe - eine Zwischenstufe gibt es nicht - Sozialismus genannt wird", führt geradewegs zum springenden Punkt: die Rolle und das Wesen der verstaatlichten Industrie wird dadurch bestimmt, welche Klasse die politische Macht besitzt. In Österreich bildet die verstaatlichte Industrie eine überaus wichtige Quelle der Bereicherung für das Großkapital, ist seinen Interessen untergeordnet und ist ein Bestandteil des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

* * *

Die oben zitierte Feststellung Lenins ist überaus wichtig für die Arbeiterklasse, wenn sie den Anschlägen der Bourgeoisie entgegentreten will. Im kapitalistischen Österreich wird es - auch in der verstaatlichten Industrie - immer die Versuche der Kapitalisten geben, durch "Rationalisierung" und "Konzentration", schlicht und einfach gesagt durch Betriebsschließungen, Massenentlassungen, Antreiberei usw, die Profite auf Kosten der Arbeiter zu erhöhen. Dagegen hilft keine Zusammenarbeit der "Sozialpartner" auf die die Gewerkschaftsführung eingeschworen ist und aus diesem Grund jetzt ihre Lohnpolitik so ausrichtet,wie die Unternehmer sie brauchen, das heißt immer vom "Maß halten" spricht.

Dagegen hilft nicht das Wirtschaftsprogramm der SPÖ, das nichts anderes ist, als der "Koren-Plan" in SPÖ-Ausgabe. Dagegen hilft kein "Mitbestimmungs-Konzept" der revisionistischen KPÖ-Führung, die sich eifrig bemüht die Theoretiker der Sozialdemokratie zu verherrlichen.
Die Arbeiter werden den Kampf um ihre Interessen, um ihren Arbeitsplatz nur dann erfolgreich führen können, wenn sie sich bemühen , "Sozialpartnerschaft" und "Mitbestimmung" zu durchschauen und zu entlarven. Wenn sie ihre Interessen denen der Kapitalisten entgegenstellen; wenn sie im Kampf um ihre Interessen gleichzeitig die Frage der Macht über die Betriebe aufrollen.
Die österreichische Arbeiterschaft hat schon oft die infamen Pläne ihrer Feinde durchkreuzt. Nicht umsonst jammert die bürgerliche Presse über die "politischen Hindernisse". Je härter und unversöhnlicher der Kampf geführt wird, desto mehr werden die Hindernisse für die Kapitalisten unüberwindbar sein. Die Logik des Klassenkampfes lautet immer noch: HAMMER ODER AMBOSS SEIN!!



## UNSERE ORGANISATION

ERFOLGE BERICHTE
ERFAHRUNGEN

Die revisionistische Aggression gegen die Tschechoslowakei diente der sozialen Ausbeutung und der imperialistischen Unterdrückung.

Die russische Intervention in der CSR hat einerseits die Rolle der revisionistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern als Lakaien der Bourgeoisien der jeweiligen Länder entlarvt - in dieser Hinsicht kann sich die KPÖ-Führung "rühmen" zu den Spitzenreitern der Kapitalistenknechte zu gehören - andererseits hat sie in ehrlichenhe Genossen, ob sie noch der KPÖ angehören oder sie bereits verlassen haben, gefährliche Illusionen erweckt. Für sie schaut es aus als ob Breshnew und Co sich "ernannt" hätten, plötzlich wieder zu Kommunisten wurden und quasi mit "flammendem Schwert" in der CSR die Diktatur des Proletariats wiederhergestellt hätten.

Wir haben in dieser Richtung zahlreiche Diskussionen geführt und ähnliche Briefe bekommen. Der Grundtenor war stets übereinstimmend: Die Genossen sehen die konterrevolutionäre Entwicklung in der CSR, wenden sich gegen Dubcek und Konsorten, glauben aber, daß nun die "Jännerpolitik" liquidiert werde. Sie wenden sich richtigerweise gegen Tito und Ernst Fischer, es gibt aber auch welche, die uns Marxisten-Leninisten beschuldigen, wir hätten uns in eine Reihe mit den Verrätern und den Imperialisten gestellt, weil auch wir den Einmarsch in die CSR verurteilt haben.

Bei diesen Genossen spielt der Schock den sie erlitten haben,als nach dem Tod Stalins die KPdSU immer mehr entartete und in ihrem Gefolge die Umwandlung einer großen Zahl kommunistischer Parteien zu willfährigen Stützen des kapitalistischen Systems vor sich ging, eine große Rolle.

So wie uns klar ist, fühlen auch sie, daß die Clique, die nach Stalins Tod die Macht in der Sowjetunion an sich gerissen hatte, nicht Marxisten-Leninisten sondern Anti-Leninisten sind, nicht für die Diktatur des Proletariats sondern dagegen sind,daß sie schließlich nicht für die Revolution sondern gegen die Revolution sind. Das heißt aber wenn man die Dinge beim richtigen Namen nennt, so ist der Verrat übt ein Verräter; und der Revisionist, der im eigenen Land die Arbeitermacht zerstört und im Weltmaßstab nicht für die Revolution sondern gegen sie arbeitet, ist eben ein Konterrevolutionär.

Vielleicht meinen manche nun, daß die russische Führungsgruppe nachdem sie gesehen hatte, wie sich die tschechoslowakischen Revisionisten von Moskau selbständig machen und so wie Tito ohne Moskau mit den Imperialisten und Monopolkapitalisten paktieren wollten, das Ruder wieder herumgeworfen und doch wieder revolutionär geworden sind. Vielleicht wurden diese Genossen in ihrer Meinung noch bestärkt durch das scheinheilige Protestgeschrei, das die KPÖ-Führung als nun schon getreuer Diener der heimischen Kapitalisten gegen die Intervention erhob. Das alles ist möglich. Diese Genossen müssen aber abgehen vom Gedanken, was Moskau macht wird schon richtig sein. Wenn sie nicht selbst vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus prüfen, werden sie unweigerlich den falschen Weg gehen und nichts anderes als gute Handlanger der Klassengegner der Arbeiter sein.

Inzwischen haben sich die Nebel, die die Aktion "Tschechoslowakei" tarnen sollten,gelichtet. Immer klarer und deutlicher für die Völker tritt die gegen die Revolution gerichtete- also konterrevolutionäre - Weltkoalition der US-Imperialisten mit den Sowjetrevisionisten zutage. Die Revisionisten in der CSR haben mit der Moskauer-Führung einen Besatzungsvertrag abgeschlossen. Dieser Vertrag hilft ihnen unter dem Schutz der russischen Truppen , die sogenannten "Beschlüsse des Jännerplenums", das heißt die

Wiederherstellung des Kapitalismus gegen den Willen der Arbeiterklasse (sie drücken es anders aus und sagen "gegen anarchistische Umtriebe") durchzusetzen. (Hier kann man noch eine Nebenbemerkung einflechten: Im Jänner dieses Jahres traten in Ungarn die gleichen Wirtschaftsgesetze wie in der CSR in Kraft).

Zugleich mit dieser "Sicherung des Sozialismus" unterhalten sich der amerikanische und russische Außenminister bei einem Essen (sicherlich nicht über das Wetter), rollt die gemeinsame "Friedensoffensive" der USA und Rußlands zur Niederschlagung und Sabotage des Freiheitskampfes in Vietnam und der Araber..... und die KPÖ und die "Volksstimme" macht wieder freundliche Nasenlöcher zu ihrem großen Gönner. Um das Bild abzurunden, wollen wir ein Sprachrohr der Nato zu Wort kommen lassen. Und zwar den belgischen "Sozialisten" Paul Henri Spaak. Er, der die Nato schon zerfallen sah (1969 müssen die Verträge erneuert werden) begrüßt die russische Aktion als Rettung dieser Nato in letzter Minute. In einem Artikel, der am 2.X. in "Le Monde" dem führenden Organ der französischen Bourgeosie erschien, ermahnt er zunächst die Revisionisten der CSR schön brav im Warschauer Pakt zu bleiben und warnt seine Freunde im Westen davor die CSR-Revisionisten in ihrer heiklen Aufgabe zu stören, um schließlich zum Kern der Sache zu kommen: "Die Sowjetunion hat gefordert, daß die CSR treues Mitglied des Warschauer Paktes bleibt. Rumänien ist, trotz seiner Unabhängigkeitsbestrebungen, weder imstande, noch bereit, sich von seinen Partnern zu entfernen. Das ist die Realität, die man nicht verkennen soll. Die Länder, die Mitglieder der Nato sind, sollen sich nicht nur jeder Manöver enthalten, die den Zweck haben sollen, den Warschauer Pakt zu schwächen, sondern sie müssen auch klar ihren Willen kundtun, diesen Pakt in seiner gegenwärtigen Form erhalten zu sehen ...... . Die Existenz beider Gruppierungen (Nato und Warschauer Pakt, d.R.) schafft das Gleichgewicht und die Ordnung in Europa.... Die Gefahr käme vom Chaos (lies revolutionäre Klassenkämpfe), das nach ihrer Auflösung entstehen würde"..
Amerika und Rußland wollen aber den Status quo aufrecht erhalten. Denn darin sehen sie die Möglichkeit, jeder in seinem Einflußgebiet zu herrschen. Daß es dabei immer wieder zu Zwischenfällen kommt ist klar. Es gibt ja auch Widersprüche in und zwischen den Blöcken. Es herrschen ja die Wolfsgesetze. Was sich hier abspielt haben wir in Miniaturauflage an der Kaolition ÖVP-SPÖ erlebt. Gemeinsam gingen beide Parteien gegen das Volk vor und wenn sie sich gegenseitig übervorteilen konnten, wurde es auch getan.
Der Revisionismus ist also kein Schnupfen, den Kommunisten haben können und der dann wieder vergeht, sondern eine gefährliche, ja tödliche Krankheit innerhalb der Arbeiterbewegung, deren Hauptverbreiter die Moskauer Führungsclique ist. Sie haben im Land der Oktoberrevolution zugunsten eines Häufleins Privilegierter, zugunsten dieser neuen Kapitalistenklasse die Arbeitermacht zerstört, dem Eindringen des internationalen Monopolkapitals Tür und Tor geöffnet und aussenpolitisch (die Aussenpolitik kann man nie und nirgends von der Innenpolitik trennen) eine fester werdende Koalition mit den US- Imperialisten gebildet. Das Ziel dieser Koalition ist, die revolutionäre Weltmacht China einzukreisen und die rebellierenden Völker niederzuhalten.

Im Rahmen dieser gegen die Revolution und für die Erhaltung ihrer Macht geführten Politik haben die russischen Revisionisten die CSR besetzt. Deshalb sind wir Marxisten- Leninisten, deshalb ist die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs gegen die Intervention. Weil sie nicht antiimperialistisch sondern imperialistisch ist. Weil sie nicht revolutionär sondern konterrevolutionär ist.

Die Arbeiterklasse der CSR soll wissen, dass sie uns in ihren schweren Kampf, den sie gegen die in- und ausländischen Revisionisten führt- und wie wir überzeugt sind, siegreich führen wird, voll und ganz an ihrer Seite finden wird.



# Ein revisionistisches Schauspiel

Der große und gewaltige Führer des russischen und internationalen Proletariats, W. I. Lenin, schrieb vor einundfünfzig Jahren in seinen weltberühmten und richtungsweisenden Werk "Staat und Revolution" zu Beginn inhaltsschwere Sätze, welche bis heute ihre vollgültige Aktualität nicht im geringsten verloren haben:

> "Die großen Revolutionäre wurden zu Lebzeiten von den unterdrückenden Klassen ständig verfolgt, die ihrer Lehre mit wildestem Ingrimm und wütendstem Haß begegneten, mit zügellosen Lügen und Verleumdungen gegen sie zu Feld zogen. Nach ihrem Tod versucht man, sie in harmlose Götter zu verwandeln, sie sozusagen heiligzusprechen, man gesteht ihrem Namen einen gewissen Ruhm zu zur "Tröstung" und Betörung der unterdrückten Klassen, wobei man ihre exakt revolutionäre Lehre des Inhalts beraubt, ihr die revolutionäre Spitze abbricht, sie vulgarisiert. Bei solch einer "Bearbeitung" des Marxismus findet sich jetzt die Bourgeoisie mit den Opportunisten innerhalb der Arbeiterbewegung zusammen."

Richten sich diese Worte konkret gegen den totalen Verrat der II. Internationale, so finden sie erhöhte Anwendung gegen den vervielfachten Verrat des heute grassierenden modernen Revisionismus, gegen die sowjetischen Renegaten des Marxismus-Leninismus und ihre Nachäffer in aller Welt. Wie weit deren Verrat gediehen ist, wie immer offensichtlicher diese Mietlinge der Bourgeoisie auf Erhaltung, bzw. Restauration des Kapitalismus hinarbeiten, wie angestrengt sie den unverfälschten Marxismus-Leninismus bekämpfen, wie sehr sie die nationale Befreiungsbewegung zu torpedieren trachten, ist seitvielen Jahren hinlänglich bekannt. Doch wollen wir an dieser Stelle, an einem konkreten Vorgang, welcher vor einiger Zeit in München inszeniert wurde, zeigen, mit welch schändlichen und schmählichen Mitteln die modernen Revisionisten ihr Renegatentum zu verschleiern und zu verbergen suchen.

Am 29. April 1968 wurde in der Kaiserstraße 46 die erste Lenin-Gedenktafel im kapitalistischen Westdeutschland enthüllt. Lenin leitete seine proletarisch-revolutionäre Tätigkeit vom September 1900 - April 1901 von hier aus.

Natürlich mußte für einen entsprechned pseudo-revolutionären "feierlichen" Rahmen gesorgt werden und so machte sich das Mitglied der ZK der KPdSU und Botschafter der UdSSR in der Revanchistenzentrale Bonn, Semjon Z a r a p k i n (besonders bekannt und berüchtigt seit seiner Zeit als Chefdelegierter bei den Genfer Nuklearbesprechungen, welche zum wiederholten Male die verräterische Zusammenarbeit der sowjetischen Revisionisten mit den US-Globalimperialisten ans Tageslicht brachten) persönlich auf den Weg.

Wie kommt es, daß in einen Staat, der die kapitalistische Ausbeutung praktiziert, der ein Musterbeispiel bourgeoiser Diktatur ist, der, ganz abgesehen von den marxistisch-leninistischen Kräften, sogar die längst versozialdemokratiesierte und staatserhaltend wirkende KPD unterdrückt, ganz offiziell die Anbringung einer Gedenktafel gestattet wird, die einer Persönlichkeit gewidmet ist, welche gemeinsam mit MARX, ENGELS, STALIN und MAO TSE-TUNG zu den größten revolutionären Führern des internationalen Proletariats gehört? Die einzig logische Erklärung für diesen Vorgang kann doch nur die sein, daß die westdeutsche Bourgeoisie, innig verbunden mit dem herrschenden Opportunismus in der Arbeiterbewegung, Lenins Namen für ihre eigenen Zwecke mißbrauchen will, daß sie die revolutionären Kräfte demoralisieren will, daß sie dem unterdrückten Proletariat genau das gleiche vormachen möchte, was sie früher in Bezug auf Marx tat und das sie heute auf Lenin ausdehnt. In diesem Sinne hat Lenin seine oben angeführten Worte praktisch über sich selbst geschrieben!

Zarapkin selbst hat mit seiner prominenten Teilnahme seine bewußte Agententätigkeit für die Bourgeoisie erneut unter Beweis gestellt. In seinen Mund sind die von ihm rethorisch und doppelzüngig gebrauchten Worte "Weliki Lenin " (großer Lenin) blanker Hohn. Er verlor keine

Silbe über die kapitalistische Unterdrückung in Westdeutschland, dafür fand er volles Lob über das Münchner Bier. "Ich hab noch gar keine Erfahrung auf diesem Gebiet, aber ich werde es schon noch lernen." Anscheinend das richtige Betätigungsfeld für einen sowjetischen Botschafter

---

Die bewußten Marxisten-Leninisten, welche den revisionistischen Verrat in all seinen Formen ablehnen, werden die neue Gedenkstätte zu dem machen, was sie sein soll: Zu einem Monument, welches die revolutionären Ideen, die revolutionäre Tätigkeit Lenins wieder ins Bewußtsein bringt und ständig und offen auf die von der Geschichte dem Proletariat gestellte Aufgabe hinweist, welche allen Verdrehungen zum Trotz nur der Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, Errichtung des Sozialismus als erster Phase der vollendeten kommunistischen Gesellschaftsordnung sein kann. Die deutschen Marxisten-Leninisten werden es nicht bei schönen Worten über Lenin bewenden laßen, sie werden sie befolgen und richtig anwenden und sie wirken damit nicht nur für den Sozialismusin Deutschland, sondern kommen damit zugleich ihrer internationalen Pflicht nach. Diejenigen, welche mit Lenins Worten ihren anti-leninistischen Verrat am revolutionären Proletariat vertuschen, werden genauso fallen, wie ihre bourgeoisen Auftraggeber. Unter der Führung des größten lebenden Marxisten-Leninisten, gewappnet mit den Lehren des Genossen Mao Tse-tung, werden die echten Kommunisten kämpfen, bis das schon lange morsche Gebäude des Kapitalismus in Deutschland und in aller Welt zusammenbricht und alle Revisionisten, alle Verräter und Renegaten werden unvermeidlich dessen Schicksal teilen. In diesem Sinne rufen w i r , aufrichtig und ohne Hintergedanken:

W E L I K I   L E N I N !

Zur Information:

Der "außerordentlich revolutionäre" Text der Gedenktafel lautet wie folgt:

"In diesem Hause lebte vom September 1900 bis April 1901 Wladimir Iljitsch Lenin, der Gründer des Sowjetstaates."

rend



Geld wird genommen, egal von wo es kommt!

Erwachsene reife Menschen, die sich für "Sünde in Schweden"interessieren, erhalten gegen Altersangabe und Schilling.....usw. usf. !

Diese Art der Porno-Propaganda ist bekannt aus allen Boulevardblättern. Es ist ein gutes Geschäft das dabei herausschaut; und alle diese Blätter stehen im Dienste der herrschenden Kapitalistenklasse, um die Vergiftung der Arbeiterhirne mit bürgerlicher "moderner Kultur" zu betreiben.
An vielen politischen Fragen haben wir bereits bewiesen, daß die "Volksstimme" der KPÖ Handlangerdienste der Kapitalisten durchführt. Warum also nicht auf diesem Gebiet? Der oben zitierte Ausschnitt aus einem Inserat stammt aus der "Volksstimme" von 11.8.1968. Ergänzt oder vorbereitet wurde es einige Seiten vorher mit dem Bild eines spärlich bekleideten Mädchens. (Solche Bilder sind aus der "VS" gar nicht mehr wegzudenken)

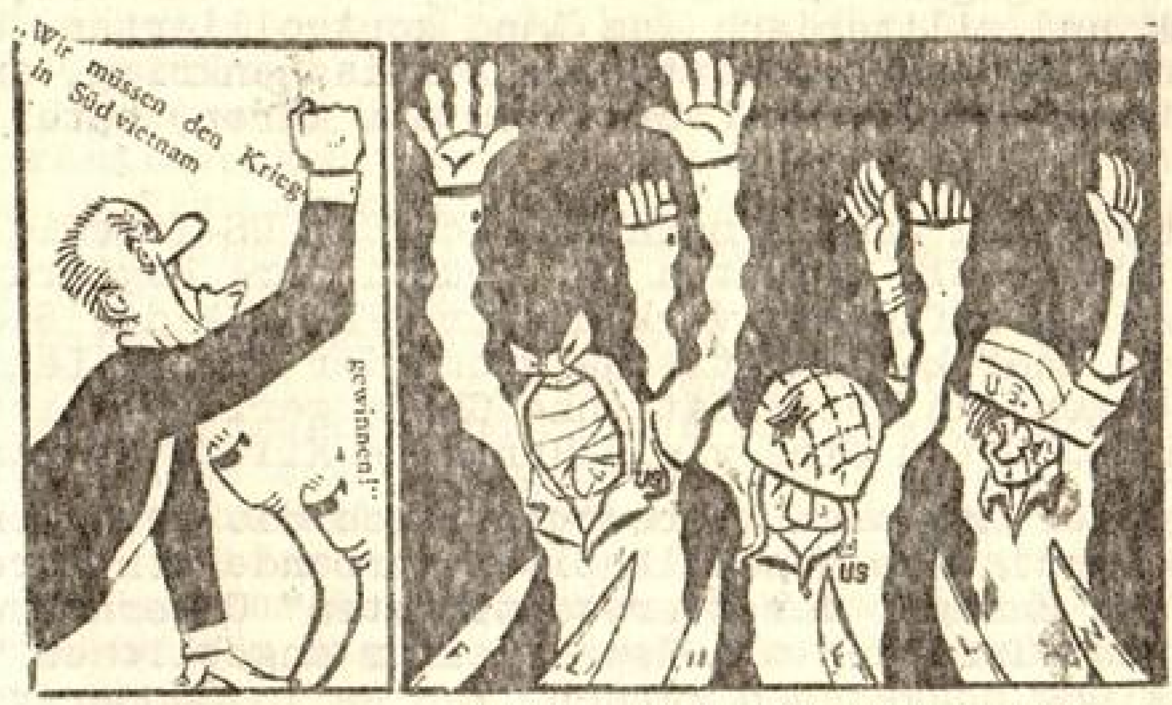
Geschäft ist Geschäft! Warum, fragen sich die Bonzen in der KPÖ-Führung wohl, sollen wir keines machen, wenn es geht?

Auf die revolutionären Prinzipien wurde ja sowieso längst gepfiffen!



# Tod den USA-Imperialisten – Das VOLK von Vietnam wird siegen

Die Siege der vietnamesischen Befreiungsarmee haben die US-Aggressoren an den Rand der endgültigen Niederlage gebracht. Doch die Moskauer Verräter betreiben eine Politik der Hilfsdienste für die US-Imperialisten.
Immer unternahmen sie Vorstöße für eine politische, eine "friedliche" Lösung der"Vietnamfrage". Zu dem Zweck,den US-Imperialisten das zu sichern,was sie am Schlachtfeld bereits verloren haben.Seit dem 21.August hat sich die Situation für Breshnew und Co noch verschärft.Denn nach dem Motto "eine Hand wäscht die andere" verlangen nun die US-Imperialisten die Bezahlung ihres "Desinteresses" an der russischen Intervention in der CSR.



Johnsons Entschluß mit erhobenen Händen gebilligt

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Regierung in Hanoi einem sich immer verstärkenden Druck seitens der Moskauer Machthaber ausgesetzt ist. Dieser Druck wird ausgeübt,um bei den"Gesprächen" in Paris zu einem"Abschluß" zu kommen. Und zwar in der Form eines "Friedens", wie ihn die US-Imperialisten sich vorstellen. Eines Friedens,der die Gegenwart amerikanischer Truppen auf dem asiatischen Festland verewigen soll; eines Friedens, der die strategische Grundlage für ein künftiges Vorgehen der unheiligen Allianz zwischen amerikanischen Altkapitalisten und sowjetischen Neokapitalisten gegen den Hort des Sozialismus, gegen die Volksrepublik China schaffen soll; eines Friedens schließlich, der die Siege des vietnamesischen Volkes, die durch heroischen Opfermut erkämpft wurden, zunichte machen soll. Die vietnamesische Verhandlungsdelegation wurde nach Paris gedrängt, in der Absicht den heldenhaften Kampf des Volkes von Vietnam auf dem glatten Parkettboden der Staatskanzleien abzuwürgen.
Das Volk der CSR wurde von der russischen Neobourgeoisie unter Duldung durch die USA "gezüchtigt". Gleiches soll nun dem vietnamesischen Volk widerfahren, wozu die russischen Revisionisten beitragen.
Wir befinden uns in der Phase der Befreiungskämpfe der Völker gegen den verfaulenden Imperialismus. Der Weg bis zum Sieg birgt Schwierigkeiten und hat Wendungen und Windungen. Der Sieg steht jedoch außer Zweifel.
Im Kampf zur Befreiung der Heimat von allen Aggressoren.im Kampf zur Vereinigung des Vaterlandes hat das heldenhafte vietnamesische Volk die glänzendsten Siege errungen. Diese Siege basierten auf der Theorie des Volkskrieges; wenn sie weiter angewendet wird ist der Endsieg gewiß.
Wenn das vietnamesische Volk einen beharrlichen Kampf führt,werden alle Ränke der revisionistischen Verräter durchkreuzt werden, die amerikanischen Aggressoren geschlagen und verjagt werden.
Durch so einen Kampf wird das vietnamesische Volk triumphieren. Denn unbezwingbar ist die Kraft des Volkskriegs.

# Es lebe der Befreiungskampf der Völker

Vor 20 Jahren nahm das revolutionäre Volk von Burma unter der Führung seiner 1943 gegründeten Kommunistischen Partei den bewaffneten Kampf gegen die reaktionäre Regierung der formell "unabhängig" erklärten "Burmanischen Union" und gegen die englischen Imperialisten auf, die immer noch ökonomisch und militärisch das Land kontrollierten. Ungeachtet der barbarischen Verfolgungen hörte der Partisanenkrieg, an dem sich auch die nationalen Minderheiten (vor allem die Karen) beteiligten, seither niemals auf.

In den letzten Jahren machten sich die US-Imperialisten immer mehr in Burma breit. Sie spannten die reaktionäre Regierung des Generals Ne Win, trotz deren offiziell verkündeter "Politik der Blockfreiheit" in die sogenannte "antikommunistische Front der freien Länder Asiens" ein, die vor allem gegen das sozialistische China gerichtet ist, mit dem Burma in Norden und Osten eine viele Hunderte Kilometer lange Grenze hat.

Infolge der maßlosen Ausbeutung durch die feudalen Grundherren und die mit den ausländischen Monopolkapital verbandelten bürokratischen Kapitalisten (d.h. die Manager der "verstaatlichten" Unternehmungen, die von den sowjetischen Revisionisten als Beweis einer angeblichen "nichtkapitalistischen" Entwicklung ausgegeben werden) kam es im Sommer vorigen Jahres zu zahlreichen Aufständen der hungernden Bauern, die mit Hilfe der Volksstreitkräfte den reaktionären politischen und Wirtschaftsapparat in einer Anzahl von ländlichen Gegenden zerschlugen, örtliche Organe der "roten Macht" bildeten und die Ernten vor dem Zugriff der reaktionären Machthaber verteidigten bzw. sich des schon beschlagnahmten Getreides der Bauern bemächtigten. Gleichzeitig fanden in mehreren Städten, darunter in Mandalay ( der zweitgrößten Stadt des Landes), Pegu(nördlich der Hauptstadt Rangun) und Akyab (im Westen des Landes, nahe der indischen Grenze) kraftvolle Demonstrationen statt, die der Regierung einen großen Schrecken einjagten. Die faschistischen Behörden entsandten daraufhin mit Hilfe amerikanischer Waffen und Berater eine Anzahl von Truppenverbänden, um die revolutionären Stützpunktgebiete "einzukreisen" und die Volksstreitkräfte "auszurotten". Diese "Feldzüge" wurden aber samt und sonders zerschlagen, wobei die KP Burmas die von Mao Tse-tung ausgearbeiteten Kampfregeln des Volkskrieges geschickt anwandte. Der heurige Sommer war durch höchst effektvolle Gegenoffensiven der Volksstreitkräfte gekennzeichnet.

Die aktivsten Kampfhandlungen spielten sich in der Nähe der Haupstadt ab, u.z. vor allem in Bergland von Pegu, nördlich und im Irawady-Delta, westlich von Rangun, sowie im Süden im langgestreckten schmalen Küstenstreifen zwischen dem Andaman-Meer und der thailändischen Grenze.

Im Gebiet von Pegu fanden am 2. Juni - nachdem vier Tage zuvor ein nur sieben Kilometer von Rangun entfernter Bahnhof samt seinen technischen Anlagen zerstört worden war - zwei miteinander koordinierte Gefechte statt, bei denen zwei in diesem Raum eingesetzte Bataillone der Regierungstruppen praktisch lahmgelegt waren, während die Volksstreitkräfte im Städtchen Nyaunglebin einen Polizeiposten stürmten und ein Lagerhaus der faschistischen Regierung niederbrannten. Am 5. Juni wurde auf der Strecke Rangun-Mandalay ein Panzerzug in die Luft gesprengt, wobei 14 Offiziere und Soldaten der Ne-Win-Regierung getötet wurden.Unmittelbar darauf erfolgte ein Überraschungsangriff auf eine Kompanie der reaktionären Truppen bei einer benachbarten Bahnstation. Am selben Tag geriet auf der Überlandstraße im Bezirk Prome , nördlich von Pegu, ein Auto-Geleitzug in einen Hinterhalt, wobei die Freiheitskämpfer zwei Polizisten töteten und eine Anzahl von Waffen erbeuteten. Am 21. Juni flog auf der erwähnten Eisenbahnlinie wiederum ein Panzerzug in die Luft, wobei abermals der Gegner



beträchtliche Ausfälle hatte und die Partisanen Waffen und Munition erbeuteten. Am 20. und 22. Juli lieferten Abteilungen der Volksstreitkräfte den zu ihrer "Vernichtung"ausgesandten faschistischen Truppen erfolgreiche Gefechte, die bis zu einer Stunde dauerten. Es gelang ihnen jedesmal, sich nach Abschluß der Aktion ins Gebirge zurückzuziehen.

Im Gebiet des Unterlaufs und der Deltamündung des Irawady-Stroms unternahmen Abteilungen der Volksstreitkräfte am 7. Juni einen Überrumpelungsangriff auf die Stadt Bogale, wohin bereits vorher eine Gruppe von Kämpfern eingedrungen war. In einer kombinierten Aktion von außen und von innen wurden drei sogenannte "Volkslagerhäuser" der reaktionären Regierung ausgeräumt, um die Bestände der Partisanen aufzufüllen. Am 28. Juni wurde auf dem Irawady ein Handelsschiff der Regierung, das von zwei bewaffneten Motorbooten eskortiert war, gekapert. Daraufhin sah sich die Regierung gezwungen, besondere Sicherheitsvorkehrungen fürdie Flußschiffahrt zu treffen. Am 5. Juli kam es in Raum zwischen Bogale und Moulmeingyun zu einem 12-stündigen Gefecht mit einem Bataillon der Regierungstruppen, bei dem diese 13 Offiziere und Soldaten verloren. Am 15. Juli drang eine 100 Mann starke Abteilung der Volksstreitkräfte von drei Seiten in das Städtchen Kyonmange, Bezirk Myaungmya, ein, wo sie die Unterkünfte der Regierungstruppen und der Polizei umzingelten und diesen ein 2-stündiges Gefecht lieferte. Am 27. Juli besetzte vorübergehend eine noch stärkere Einheit der Partisanen das bereits erwähnte Städtchen Moulmeingyun im Bezirk Myaungmya, in das sie von zwei Seiten eingedrungen war, fügte den dort stationierten Infanteriebataillon der Regierungstruppen und der Polizei schwere Verluste zu und steckte ein Lagerhaus sowie zwei Reismühlen der faschistischen Regierung in Brand.

Im Küstengebiet von Tenasserim (Südburma) werden den Regierungstruppen schwere Schläge versetzt. Am 26. Juni wurde eine feindliche Kompanie überfallen, die drei Mann an Toten verlor. Am 4. Juli wurden im Bezirk Tavoy zwei Schiffe der Regierung gekapert und ihre Ladung erbeutet. Ende Juli waren alle Landverbindungen dieses Bezirks von den Partisanen unterbrochen.

Auch in anderen Gegenden des Landes sind andauernd Kämpfe im Gange. So in Oberburma (im Raum zwischen der indischen und der chinesischen Grenze), wo am 28. Juni eine wichtige Straßenbrücke durch Feuer zerstört wurde, und in der Ostregion des Landes, wo in der Hauptstadt des "Autonomen Schan-Staates", Taungyi, am 26. Juli eine Polizeistation attackiert wurde.

Die militärischen Aktionen sind aufs engste mit Massenbewegungen verbunden. In mehreren Landgebieten - vor allem im Raum Pengu, nördlich von Rangun, sowie in den Bezirken Bassein und Myaungmya, westlich der Hauptstadt - wurde in letzter Zeit unter Führung der KP Burmas eine Bodenreform durchgeführt, und die Bauern haben mit Hilfe der Volksstreitkräfte begonnen, mit den durch ihre Schandtaten am meisten verhaßten Regierungsbeamten und feudalen Despoten abzurechnen.

In dieser Situation ist es mehr als bezeichnend, daß die russischen Revisionisten, die sich in der CSR als "Retter des Sozialismus" und "Kämpfer gegen den Imperialismus" auszugeben versuchen, die reaktionäre Regierung Ne Wins sowohl durch massive "Wirtschaftshilfe" als auch durch ihre Propagandamaschine mit allen Mitteln gegen die von der KP Burmas geführten revolutionären Massen Burmas unterstützen. Und ebenso wie die Ne-Win-Clique in Burma, unterstützen sie die faschistische Mörderbande Suharto-Nasution in Indonesien. Die Moskauer "Neue Zeit" lobte unlängst die Soldateska Ne Wins als "Erbauer eines neuen Lebens". Sie bezeichnete diese Bande als "einzige Ordnungskraft" und lobte ihre "Disziplin" und ihre "Hilfebereitschaft" gegenüber den Bauern, wetterte aber umso heftiger gegen die Volksstreitkräfte, die sie als "sogenannte Aufständische" verunglimpfte. Burma liegt eben in der von den Moskauer Renegaten genehmigten "Einflußzone" des US-Imperialismus .....

-x-x-x-

# Papiermauer und Pulverfaß

Dieser Artikel war vor dem Einmarsch der russischen Truppen in derCSR in Druck gegangen. Der 21. August bestätigt die Hauptthese des Artikels: daß nämlich die Politik der Moskauer Revisionisten zu einer außerordentlichen Verschärfung der Kriegsgefahr in Europa geführt hat. Die Renegaten im Kreml haben diese Konsequenzen ihrer Politik erkannt und daraus ihre militärisch-politischen Schlüsse gezogen. Ihre Politik wird heute von der Bourgeoisie und ihren Agenten in der Arbeiterschaft als "Neo-Stalinismus" bezeichnet. Die Imperialisten verstehen darunter die Behinderung ihrer Tendenzen zur "Beerbung" des ehemals sozialistischen Lagers. Ein Teil der Führungsclique in der KPÖ will den ehrlichen Mitgliedern das als Rückkehr auf den richtigen Weg der Stalin-Zeit einreden. In Wirklichkeit ist das aber eine mit sozialistischen Phrasen getarnte imperialistische Politik. Die Ulbricht-Clique in der DDR hat sich durch ihre Teilnahme das Recht verwirkt im Namen der deutschen Arbeiterklasse,der deutschen Nation aufzutreten.

Die kürzlichen Transitverordnungen der DDR-Regierung für den Personen- und Warenverkehr zwischen Westdeutschland und Westberlin und die "Gegenmaßnahmen" der Bonner Behörden haben Anlaß gegeben, wieder von einer "Berlin-Krise" zu sprechen. Diese Krise hat zwei Seiten: eine heitere und eine ernste.

Man sagt, die DDR-Regierung habe durch die neuen Verordnungen ihre Souveränitätsrechte demonstrieren wollen. Kein Zweifel: Die DDR hat als souveräner Staat das unbestreitbare Recht, jegliche Vorkehrungen zu treffen, die sie zur Gewährleistung ihrer Sicherheit und ihrer Interessen für erforderlich hält. Diese Verordnungen brachten aber an den Tag, daß die Souveränität der DDR in Frage gestellt ist, und zwar gerade durch ihre angeblichen "Freunde", die Moskauer Renegatenclique. Schon bisher haben alle Bemühungen der DDR-Regierung, den Zugang nach Westberlin unter ihre volle Kontrolle zu bringen, praktisch fehlgeschlagen. Seit langem protestiert sie immer wieder gegen die illegale Installierung Bonner Dienststellen in Westberlin, gegen die Abhaltung von Bundestagssitzungen in dieser auf DDR-Territorium gelegenen Stadt usw. Ihre Proteste gegen solche und andere Provokationen waren aber immer wieder erfolglos, weil die Sowjetrevisionisten ihr nicht gestatteten, ihren ernsten Warnungen Nachdruck zu verleihen. Im Frühjahr 1968 untersagte die DDR-Regierung den Angehörigen der faschistischen NPD und sodann auch den Mitgliedern der Bonner Regierung die Durchreise nach Westberlin über ihr Hoheitsgebiet. Die Betroffenen konnten jedoch anstandslos auf dem Luftweg hin- und herreisen, denn die sowjetischen Revisionisten dulden den Mißbrauch der seinerzeitigen Abmachungen über die Flugverbindung nach Westberlin, die lediglich für Angehörige der westlichen Besatzungsmächte gedacht waren, durch amerikanische, englische und französische Luftfahrtsgesellschaften. Wer die neuen Paß- und Visabestimmungen umgehen will, hat also die Möglichkeit dazu. Mehr noch: Acht Tage nach Erlaß der neuen DDR-Verordnung reiste der Bonner Außenminister Brandt ungehindert nach Westberlin ein, und in dem Augenblick, als die DDR-Nachrichtenagentur einen Protest dagegen veröffentlichte, wurde Brandt von einem Auto der Sowjetbotschaft ohne Wissen und Genehmigung der DDR-Regierung nach Ostberlin gelotst, wo er acht Stunden lang eine Geheimkonferenz mit dem Vertreter der Moskauer Renegatenclique, Abrassimow, abhielt (übrigens nicht zum erstenmal)! Die jüngsten Maßnahmen der DDR werden von den Bonner Machthabern als "Papiermauer" verhöhnt. Wie man sieht, tragen sie in der Tat einen papierenen, d.h. unwirklichen - weil unwirksamen - Charakter.

Auch die westdeutschen Gegenmaßnahmen sollten "Souveränitätsrechte" demonstrieren, nämlich die angeblichen Rechte der BRD auf Westberlin. Paradoxerweise demonstrierten aber die Bonner Behörden diese angemaßten "Rechte" dadurch, daß sie an die amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten appellierten, ihre Souveränität über Westberlin als dessen "Schutzmächte" geltend zu machen. Die westlichen "Alliierten" fanden jedoch, daß ihre "Rechte" durch die DDR-Verordnung nicht berührt würden, und speziell die US-Imperialisten sahen keinerlei Veranlassung, die ausgezeichneten Beziehungen zu ihren Hauptkomplizen, den sowjetischen Revisionisten, mit denen sie kürzlich innerhalb weniger Wochen fünf Verträge abgeschlossen und einen sechsten - über die Raketenabwehrsysteme, die nicht mehr gegeneinander, sondern ausschließlich gegen das sozialistische China gerichtet sein sollen - auszuhandeln begonnen hatten, zu trüben. Deshalb bedeutete Johnson



dem westdeutschen Bundeskanzler Kiesinger, daß dessen beabsichtigte Amerikareise unerwünscht wäre, und der stattdessen von Außenminister Rusk im Anschluß an die NATO-Tagung in Reykjavik unternommene "Blitzbesuch" in Bonn wurde von den westdeutschen Militaristen mißmutig als eine "Mini-Demonstration" bezeichnet. Die Bonner Machthaber äußerten, wie die "Neue Züricher Zeitung" registrierte, ihr "Unbehagen" über "das Ausbleiben wirksamer Maßnahmen gegen Ulbrichts Schikanen". Sie beklagten sich darüber, daß die westlichen Berlin-Noten an Moskau bloße "Papierproteste" seien. Somit tragen auch ihre "Gegenmaßnahmen" einen papierenen, unwirklichen Charakter.

Das eben ist die heitere Seite dieser Angelegenheit. Die Sache hat aber, wie gesagt, auch ihre ernste Seite.

Die neue Berlin-Krise ruft mit aller Deutlichkeit in Erinnerung, daß Westberlin ein gefährliches Pulverfaß im Herzen Europas ist. Es wurde zu einem solchen, als 1948 die US-Imperialisten, im Bunde mit ihren Alliierten und mit Hilfe ihrer deutschen Handlanger den westdeutschen Seperatstaat schufen und die alte deutsche Hauptstadt entzweischnitten. Damals war es infolge verschiedener Umstände (Atommonopol der USA, Marshall-Plan, Verrat der Tito-Clique, Reste von Nachkriegsschwierigkeiten in der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern) noch nicht möglich, dieses Pulverfaß zur Gänze und auf die Dauer wegzuräumen. Doch zehn Jahre später 1958, hatte sich das Kräfteverhältnis entscheidend verändert. Unterstützt von allen sozialistischen Ländern, forderte die DDR nachdrücklich den sofortigen Abschluß eines deutschen Friedensvertrages, durch welchen das Besatzungsregime in Westberlin liquidiert und Westberlin in eine entmilitarisierte Freie Stadt verwandelt werden sollte. Die Sowjetregierung verpflichtete sich feierlich, im Falle einer Ablehnung seitens der Westmächte und Westdeutschlands den Friedensvertrag mit der DDR allein zu unterzeichnen. Sie brach aber nach längeren Verzögerungsmanövern brüsk ihr Versprechen. Im Oktober 1961, auf dem berüchtigten XXII. Parteitag der KPdSU, verkündete Chruschtschow (zum Entsetzen der DDR-Führung, die buchstäblich ein paar Tage vorher erklärt hatte, der Friedensvertrag würde "unbedingt noch in diesem Jahr" unterzeichnet werden), daß auf Grund von Absprachen mit den Westmächten die Unterzeichnung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden könne. Die Moskauer Renegatenclique hatte nämlich drei Monate vorher, bei der Wiener Begegnung zwischen Kennedy und Chruschtschow, vor den amerikanischen Imperialisten kapituliert, hatte mit ihnen eine "Heilige Allianz" gegen China und die revolutionäre Weltbewegung geschlossen, war mit ihnen übereingekommen, die Welt in Einflußsphären der beiden "Supermächte" aufzuteilen, um sie gemeinsam zu beherrschen. Die Grundlage dieses Übereinkommens war die gegenseitige Garantie des Status quo , mit dem sich später Kossygin gelegentlich einer Deutschlandreise "vollauf zufrieden" erklärte. Das bedeutet jetzt: Westberlin ist nach wie vor ein politischer und militärischer Stützpunkt der amerikanischen Imperialisten und ihrer Verbündeten (man nennt heute in Westdeutschland diesen widernatürlichen Zustand, um ihm den Anschein einer "Natürlichkeit" zu verleihen, nach einer Wortprägung des Westberliner Bürgermeisters Schütz "gewachsenen Status"), und in Ostberlin können die Vertreter der Imperialisten nach Herzenslust unkontrolliert umhergondeln, während die Bürger der Hauptstadt der DDR nicht das Recht haben, an allgemeinen Wahlen in ihrer Republik teilzunehmen ...

Die Revisionisten behaupten, das Pulverfaß Westberlin wäre doch dadurch entschärft, daß die Berliner Mauer, die einige Wochen nach dem Kennedy-Chruschtschow-Treffen errichtet wurde, die Funktion Westberlins als Spionage-, Diversions- und Unterwühlungsnest gegen die DDR weitgehend entwertet hätte. Diese Funktion ist aber nicht das einzige, ja nicht einmal das wichtigste Merkmal des Pulverfaß-Charakters von Westberlin. Dieser Charakter wird vielmehr dadurch bestimmt,

* daß Westberlin ein Bestandteil des weltweiten "Status-quo-Abkommens" zwischen den Renegaten im Kreml und den Monopolkapitalisten der Wallstreet und auf diese Weise mit den lodernden Kriegsbrandherden in

Südostasien wie kommunizierende Gefäße verhängnisvoll verbunden ist;

* daß auf Grund dieses Abkommens die amerikanischen Imperialisten ein verbrieftes Recht erhielten, sich im Zentrum Europas festzusetzen und von hier aus ihre Aggressionspolitik auf diesem Kontinent (momentan in Form einer Aufweichung und Zersetzung der osteuropäischen Länder) weiterzutreiben;

* daß durch die Aufrechterhaltung des Vier-Mächte-Besatzungsregimes in Berlin die Spaltung Deutschlands verewigt werden soll, so daß die westdeutschen Revanchisten die Möglichkeit haben, das berechtigte Streben des deutschen Volkes nach nationaler Wiedervereinigung auszunützen, um eine neue faschistisch-chauvinistische Welle hochzupeitschen, die logischerweise zur größten Gefahr für den Frieden Europas werden muß.

## DER STATUS QUO BIRGT KRIEGSGEFAHR

Die Revisionisten wollen uns weismachen, die dauernde Spaltung Deutschlands in Form der "Anerkennung" zweier Staaten könnte den europäischen Frieden "sichern". Wie absurd und wie gefährlich! Hat die künstliche Spaltung Koreas, Vietnams und Laos' die grausamen Aggressionskriege des US-Imperialismus verhindert oder nicht viel eher ermutigt? Und läßt sich etwa der Wille zur nationalen Einheit bei den Deutschen leichter bändigen als bei den Völkern Asiens? Die Geschichte lehrt, daß die nationale Einheit Deutschlands nicht zu verhindern ist, daß es nur darauf ankommt, ob sie auf kriegerischem oder auf friedlichem Wege zustande kommt und daß dies wieder davon abhängt, ob reaktionäre oder fortschrittliche Kräfte an der Spitze des Kampfes um sie stehen. Durch den Verrat der deutschen Bourgeoisie an der Revolution 1848/49 wurde die demokratische Lösung der nationalen Frage Deutschlands, für die sich Marx und Engels konsequent einsetzten, verhindert. Zwei Jahrzehnte später stellte Bismarck "mit Blut und Eisen" die nationale Einheit Deutschlands her, und das war der Boden, auf dem der deutsche Militarismus gedieh, der eine der Ursachen des ersten Weltkriegs war. Der Versailler Friedensvertrag von 1919, den Lenin einen "unwürdigen Gewaltfrieden", einen "Schandvertrag" nannte, durch den, wie er sagte, Deutschland "niedergehalten", "zerfleischt" wurde, führte wiederum zum Aufkommen und zum zeitweiligen Sieg des Hitlerfaschismus. Da es die deutsche Arbeiterklasse leider nicht verstand, den nationalen Kampf zu ihrer eigenen Sache zu machen, sich an seine Spitze zu stellen und ihn mit dem Kampf um ihre soziale Befreiung zu verbinden, vermochten die Nazi "das durch den Versailler Vertrag zerstückelte Deutschland zusammenzufassen, konnten sie beim deutschen Volk, das von dem Ideal einer Wiederherstellung Deutschlands beseelt war, Unterstützung finden" (Stalin). Unausgesetzt, bis zu seinem Lebensende kämpfte Stalin - der ein konsequenter Internationalist und großer Marxist war und darum die Lehren der Geschichte verstand und beherzigte - für die Einheit Deutschlands. In den schwersten Stunden der Sowjetunion, als die Hitlerhorden vor den Toren Moskaus standen, sagte er: "Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt." Und als der Hitlerfaschismus von der ruhmreichen Sowjetarmee bezwungen war, betonte Stalin: "Die deutschen Truppen kapitulieren, die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschickt, Deutschland zu zerstückeln und zu vernichten." Auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam vereitelte Stalin alle Versuche der westlichen Imperialisten, Deutschland in ohnmächtige Teilstaaten aufzuspalten. Und als dennoch der Bonner Separatstaat geschaffen wurde, entstand die Deutsche Demokratische Republik als revolutionäres Stützpunktgebiet für die Einigung Deutschlands unter der Führung des Proletariats. Aus Anlaß der Gründung der DDR richtete Stalin an ihre Führer eine Botschaft, in der es hieß: "Wenn Sie so den Grundstein für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland legen, vollbringen Sie gleichzeitig ein großes Werk für ganz Europa, indem Sie ihm einen dauerhaften Frieden gewährleisten." Was für ein "Frieden" wird aber Europa "gesichert", wenn die DDR unter dem Druck der Chruschtschow-Revisionisten



auf ihre historische Mission verzichtet und für die Anerkennung der dauernden Spaltung Deutschlands in zwei separate Staaten, d.h. für die Anerkennung der Herrschaft der Militaristen und Revanchisten über den größten Teil Deutschlands eintritt? Das bedeutet doch, wie die deutschen Marxisten-Leninisten mit Recht sagen, "das westdeutsche und Westberliner Proletariat unter bourgeoiser Fuchtel zu belassen und zusätzlich, langsam aber sicher, die eigene Arbeiterklasse an die Monopolkapitalisten auszuliefern" und damit - so müssen wir hinzufügen - einem neuen europäischen Krieg den Boden zu bereiten!

Die Revisionisten hoffen, daß sie mit Hilfe der amerikanischen Imperialisten den Status quo in Deutschland aufrechterhalten könnten, da doch die USA - ebenso wie England und Frankreich - eine Wiedervereinigung Deutschlands fürchten und verhindern wollen. Sie haben eben die Lehren der Geschichte vergessen. 1925 wurde in Locarno zwischen den Westmächten und der Weimarer Republik ein Abkommen über "Garantie" der in Versailles gezogenen Grenzen und über "Gewaltverzicht" geschlossen - verblüffend ähnlich dem Abkommen, das jetzt die Sowjetrevisionisten in ihrem Geheimverhandlungen mit Bonn anstreben. Stalin sagte damals: "Was Locarno betrifft, so ist es lediglich eine Fortsetzung von Versailles, und es kann nur zum Ziel haben, den "Status quo", wie man sich in der Diplomatensprache ausdrückt, aufrechtzuerhalten, d.h. die bestehende Lage der Dinge kraft der Deutschland ein besiegtes Land, die Entente aber der Sieger ist... Glauben, daß sich Deutschland, das wächst und vorwärtschreitet, mit dieser Lage abfinden werde , heißt auf Wunder rechnen." Man weiß, daß kein Wunder geschah, sondern Hitler und der zweite Weltkrieg kamen. Im Oktober 1952, als die US-Imperialisten kräftig am Werke waren, den westdeutschen Militarismus hochzupäppeln, in dem Wahn, sie würden ihn auf "ewige Zeiten" am Gängelband halten und für ihre eigenen Aggressionsziele in Europa ausnützen können, warnte Stalin: "Anzunehmen, daß diese Länder (gemeint waren Westdeutschland, Frankreich usw.) nicht versuchen würden, wieder hochzukommen, das 'Regime' der USA zu zerschlagen und sich einen selbständigen Entwicklungsweg zu erzwingen, hieße an Wunder glauben." Wir haben keinerlei Ursache zu glauben, daß diesmal Wunder geschehen werden, nur weil jetzt zu solchen "Wundergläubigen" die Chruschtschowisten gehören, denen, wie wir heute wissen, die damalige eindringliche Warnung Stalins galt und die nach dessen Tod den Marxismus, den proletarischen Internationalismus und die nationalen Interessen der Sowjetunion verraten haben. Je mehr die US-Imperialisten sich in ihre "Globalstrategie" verstricken, desto mehr müssen sie die westdeutschen Militaristen stärken, und je mehr sie dies tun, desto mehr erweist sich, daß der Status quo den Keim eines neuen europäischen Krieges in sich birgt.

Die Revisionisten verweisen darauf, daß es in Westdeutschland immer mehr "Vernünftige" gebe, man dort immer mehr "die Realitäten anerkenne". In der Tat meldete die "Neue Züricher Zeitung" unmittelbar nach den jüngsten Paß- und Visavorschriften der DDR, daß "in der Bundesrepublik die Bereitschaft zu innerdeutschen Gesprächen, ja zu einer Anerkennung Ostberlins spürbar gewachsen" sei. Und jetzt scheint es schon zur ersten Kontaktaufnahme zwischen der BRD und der DDR auf Ministerebene zu kommen. Was aber dahinter steckt, hat der außenpolitische Berater des Bonner Finanzministers F.J. Strauß, Dr. Klaus Bloemer, kürzlich in der Wiener "Presse" ausgeplaudert. Er entwickelte den ernstzunehmenden Plan der westdeutschen Imperialisten, durch ein "prinzipielles Bekenntnis zu einer deutschen Zweistaatenlösung", als "Zwischenregelung auf dem Weg zum Abbau der Staatsgrenzen im europäischen Raum überhaupt", zu einer europäischen "Konförderation" mit Einschluß der "liberalisierten" Länder Osteuropas - natürlich unter der Ägide der westdeutschen Monopolkapitalisten - zu gelangen. So haben die Sowjetrevisionisten mit ihrer ebenso absurden wie gefährlichen "Zweistaatentheorie" den westdeutschen Militaristen das Stichwort geliefert, mit dem sie auf direktem Wege eine Neuauflage der Hitlerschen "Neuordnung Europas" anpeilen können. Dabei wäre die DDR auf "kaltem" Wege liquidiert. Sie müßte freilich "mit den erforderlichen freiheitlichen Rechten ausgestattet" sein, und man habe in ihr "eine Entwicklung zur Selbständigkeit zu fördern, wie sie etwa in der CSSR in Gang gekommen ist oder wie sie in Jugoslawien schon längst vor sich geht. " In die gleiche Kerbe hauen die Revisionisten. So sagte Prof. Havemann, einer der Wortführer des offenen liquidatorischen Revisionismus in der DDR, laut "Süddeutscher Zeitung", "die deutsche